

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften am 25. Februar 2008 im Senatssaal**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Ende: 20.30 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Mundt	
Herr Liskow	i.V. Herr Bauer
Herr Dr. Kühne	
Herr Dr. Bartels	
Herr Dr. Bremer	
Herr Dr. Döring	
Frau Heinrich	
Herr Dr. Meyer	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hardtke	unentschuldigt
Herr Dr. Kerath	
Herr Noack	
Herr Bleckmann	unentschuldigt

#### **Verwaltung**

Herr Hochheim	
Herr Kremer	i.V. Dr. Böttcher
Frau Meyer	
Herr Wille	
Frau Baas	
Frau Schlegel	

#### **Gäste**

Herr Voigt	BauBeCon
OZ	

## Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion der Informationsvorlage
- 4.1. Einrichtung des Projektes DOPPIK in der 04/840  
Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Dez. 1 , Amt 20*
- 5. Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. 10 Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt 04/842  
*Grüne / oK, CDU, Die Linke, FDP*
6. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom  
28.01.2008
7. Informationen der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der  
Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Schluss der Sitzung

### *Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Nach der Begrüßung durch Herrn Mundt wird die Sitzung mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern eröffnet.

---

### *Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung*

Die Tischvorlage – Umschuldung bzw. Prolongation von 4 Darlehen mit einem Darlehensbetrag von insgesamt 11.300.347,02 EUR – wird unter Punkt 5.2. auf die Tagesordnung gesetzt.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen**

---

### *Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

keine

---

### *Zu TOP: 4. Diskussion der Informationsvorlage*

---

#### *Zu TOP: 4.1. Einrichtung des Projektes DOPPIK in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Anhand von schematischen Darstellungen erläutert Herr Wille das Projekt Doppik.

---

Dieses wird durch einen Projektlenkungsausschuss gesteuert, der aus Oberbürgermeister, den Dezernenten, dem Leiter des Amtes für Wirtschaft und Finanzen und der Leiterin des Haupt- und Personalamtes besteht. Der Lenkungsausschuss übt Kontrolltätigkeit aus und trifft Grundsatzentscheidungen.

Zur Einführung des Projektes wird das Amt 20 beauftragt einen Vorschlag zur Struktur einschließlich zur Bildung von Teilobjekten, zur Zusammensetzung von Projektgruppen, zu den Aufgaben der Projektgruppen und zum Projektablaufplan zu erarbeiten sowie die finanziellen Auswirkungen darzulegen. Der Vorschlag ist mit den beteiligten Fachämtern abzustimmen.

Herr Wille stellt Frau Baas aus seinem Bereich vor, die maßgeblich für diese Arbeitsaufgabe verantwortlich sein wird.

In der anschließenden Diskussion beantwortet Herr Wille Fragen zum Projekt.

Herr Mundt weist darauf hin, dass Anfang 2009 für den Finanzausschuss ein Seminar angedacht ist, das sich vertiefend mit der Problematik befasst.

---

*Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 10 Punkte-Programm für eine familienfreundliche Stadt*  
*5.1.*

Die Bürgerschaft beschließt ein 10-Punkte-Programm für ein familienfreundliches Greifswald, welches für das zukünftige kommunale Handeln in der Verwaltung und Bürgerschaft Grundlage sein soll. Bis November 2008 legt die Verwaltung die Ergebnisse der Prüfaufträge sowie die ersten Ergebnisse der Umsetzung der Programmpunkte vor.

Herr Dr. Bremer hält eine erneute Arbeitsgruppe wie bei der Einführung des „Familien TÜV“ für wenig sinnvoll. In der Stadt wären schon viele Arbeitsgruppen gebildet worden, wo im Ergebnis wenig erreicht wurde. Die Punkte sind ihm zu allgemein gehalten und teilweise realitätsfern. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Forderung, wonach die Standards in der Kindertagesbetreuung bei gleichzeitiger Reduzierung der Elternbeiträge erhöht werden sollen.

Herr Dr. Kühne regt an, dass im Programm auch Senioren und Behinderte Berücksichtigung finden sollten.

Herr Dr. Bartels und Frau Heinrich sprechen sich für die Durchsetzung dieses Programms positiv aus.

Herr Mundt erklärt abschließend, dass das 10 Punkte-Programm vom Finanzausschuss als Arbeitspapier gesehen wird. Die Machbarkeit der einzelnen Aktivitäten stellt sich erst bei der Umsetzung heraus.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

---

Zu TOP 5.2. *Umschuldung bzw. Prolongation von 4 Darlehen mit einem Darlehensbetrag von insgesamt 11.300.347,02 EUR*

Die Vorlage wird nicht diskutiert.

Abstimmungsergebnis: **9 Ja-Stimmen**

---

Zu TOP: 6. *Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 28.01.2008*

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen, 1 Enth.**

---

Zu TOP: 7. *Informationen der Verwaltung*

keine

---

Zu TOP: 8. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

Für Herrn Dr. Bartels ergeben sich folgende Fragen aus der Haushaltssatzung:

- Welche Auswirkungen hat die Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung?
- Es wird auf den Stellenplan hingewiesen und auf das Auslaufen des Haustarifvertrages. Wie ist der Stand?

Herr Dr. Bartels merkt außerdem an, dass er den Hinweis des Innenministeriums zum Verkauf der WVG-Anteile so versteht, dass damit die Probleme der Stadt nicht gelöst werden.

Herr Hochheim erläutert, dass der Verkauf der WVG-Anteile keine strukturellen Haushaltsprobleme löst. Dies sei von ihm auch noch nie behauptet worden. Allerdings stellen die für den Kassenkredit aufzubringenden Zinszahlungen sowie die Zins- und Tilgungslasten für die Kredite des Vermögenshaushalts einen Teil des strukturellen Defizits dar.

Ein Teil des Erlöses kann deshalb dazu beigetragen, den strukturellen Haushaltsausgleich im Verwaltungshaushalt durch das Ablösen von Kreditverbindlichkeiten zu erreichen.

---

Zum Haustarifvertrag gibt es zwischenzeitlich die Information vom Innenministerium, dass der von Amt 10 dargestellte Personalüberhang schlüssig ist. Der musste dargestellt werden, damit das Innenministerium der angestrebten Lösung zustimmt und die Tarifvertragsparteien eine Grundlage haben, um in Verhandlung zu treten.

Es wird aktuell davon ausgegangen, dass der alte Tarifvertrag mit einer Arbeitszeit von 36 Wochenstunden zum 31.03.08 ausläuft und der neue Tarifvertrag mit einer Arbeitszeit von 38 Wochenstunden ab 01.04.08 in Kraft tritt.

Die Verpflichtungsermächtigungen beinhalten die Möglichkeit, zu Lasten künftiger Haushaltsjahre Verträge einzugehen. Mit Ausnahme der für die Städtebaufördermittel beantragten, sind alle Verpflichtungsermächtigungen genehmigt worden. Der Grund hierfür wird vom Innenministerium in der nicht vorhandenen dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt gesehen. Ohne wirksame Haushaltskonsolidierung stellt sich die Frage, wie in künftigen Jahren Städtebauförderung aussehen wird. Um die Möglichkeit zu schaffen, Städtebau in dem Maße wie wir es heute kennen fortzuführen, besteht die dringende Verpflichtung, gemeinsam an der Haushaltskonsolidierung zu arbeiten.

Laut Herrn Wille hat das Innenministerium die Mittel auch deshalb gestrichen, weil eine Verpflichtungsermächtigung (VE) zur Kreditaufnahme berechtigt. Dafür muss aber die Leistungsfähigkeit vorhanden sein.

32 Mio. EUR VE's waren im Haushalt und das hieße theoretisch, eine Kreditaufnahme von 32 Mio. EUR. Dieses wollte das Innenministerium nicht mittragen.

Herr Dr. Bremer kritisiert, dass sich die Berichterstattung zum Haushalt in der Presse zu positiv darstellt. Der Bürger kann nicht nachvollziehen, warum dann z. B. Anteile der WVG veräußert werden. Verständnis für bestimmte Maßnahmen kann sich dabei nicht entwickeln.

Herr Dr. Bartels hat eine Anfrage zu einem Bericht in der Presse zum Hafen Ladebow. Darin versagt die Stadt die Zustimmung zum Biodieselwerk obwohl dies auf der letzten Bürgerschaftssitzung noch als eine von der Bürgerschaft zu treffende Entscheidung dargestellt worden war. Außerdem wird Herr Arenskrieger zitiert, dass damit das „Aus“ des Hafens feststeht. Wie soll mit diesem Problem umgegangen werden?

Auch für Herrn Hochheim stellt sich die Frage, wie jetzt mit dem Hafen umgegangen werden soll. Seiner Meinung nach wäre die Einrichtung einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe sinnvoll. In der Vergangenheit wurde stets kritisiert, dass die Umschlagszahlen des Hafens zu niedrig waren.

Der unternommene Versuch, daran etwas zu ändern, ist nicht auf Gegenliebe gestoßen.

Herr Dr. Bremer vermisst hier ein Konzept. Bis heute wurde nicht geschafft, die Wirtschaftlichkeit des Standortes zu erreichen, obwohl viel Geld in den Hafen geflossen ist. Andere Kommunen im Umkreis haben es wesentlich besser verstanden, vernünftig arbeitende Häfen aufzubauen.

Herr Dr. Kerath möchte wissen, ob sich die Verwaltung zu einer Schadensersatzpflicht des Investors Gedanken gemacht hat. Dazu wird es eine Anfrage an Herrn Arenskrieger gegeben.

Herr Dr. Kerath fragt aufgrund einer Pressemitteilung an, ob wirklich 40 TEUR für ein Fußballspiel ausgegeben werden sollen und dafür die Ryck-Brücke nicht mehr saniert wird.

Herr Hochheim erklärt, dass wenn das Fußballspiel in Greifswald stattfinden soll, für die Sicherheit der Zuschauer ein Zaun gebaut werden muss. Als Deckungsquelle sind zunächst u. a. die gesperrten 40 TEUR herangezogen worden, die den städtischen Eigenanteil an der Brückensanierung darstellen. Eine andere Deckungsquelle stand zu Beginn des Haushaltsjahres nicht zur Verfügung. Im Laufe des Jahres könnte ggf. auch eine Deckungsquelle für die Brückensanierung gefunden werden, beispielsweise dann, wenn die Grundstücksverkäufe in Amt 23 besser laufen, als geplant.

Herr Dr. Bremer fragt an, inwieweit überplanmäßige Verkaufserlöse im Vermögenshaushalt verwendet werden dürfen. Seines Wissens nach verlangt das Innenministerium, dass Verkaufserlöse im Verwaltungshaushalt zum Schuldenabbau verwendet werden müssen.

Herr Hochheim korrigiert diese Aussage. Vor zwei Jahren stand dezidiert im Haushaltserlass, dass alle Veräußerungserlöse in den defizitären Verwaltungshaushalt zu transferieren sind. Diese Forderung gibt es 2007 und 2008 nicht mehr. Jetzt werden nur noch die Verkaufserlöse in der im Haushaltsplan ausgewiesenen Höhe in den Verwaltungshaushalt transferiert.

---

*Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

keine

---

*Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung*

Herr Mundt beendet den öffentlichen Finanzausschuss.

Thomas Mundt  
Ausschussvorsitzender

M. Meyer  
für das Protokoll